**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 6 (1926-1927)

**Heft:** 5-6

Artikel: Vergleichende Betrachtungen über schweizerische Aussenpolitik

**Autor:** Oehler, Hans

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-156114

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 25.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Vergleichende Betrachtungen über schweizerische Außenpolitik.

Bon Sans Dehler.

I.

Missen und Können, Erkennen und Handeln, richtig verteilt und sich ergänzend, haben je und je den Menschen zu Söchstleistungen befähigt. Bielleicht ift unfer Beschlecht zu sehr im Schatten einer falsch verstandenen Wissensberehrung aufgewachsen. Sich Wissen um bes Wissens willen erarbeiten, das ift spielerisches Gelehrtenbedürfnis. Aus tieferem Quell entspringt wahrhaftiger Erfenntnisdrang. Mit machtvollem Willen gestaltend und mit aufopfernder Singabe helfend in den Strom zeitgenössischen Geschehens einzugreifen, dieses Urtriebs nachgeborener Bruber ist der Erkenntnisdrang. Der Gegenschlag hat nicht auf sich warten lassen. Leben, Sandeln, Niederreißen alles bessen, mas jene Zehnmaltlugen als unfehlbare Wiffensfätze verkündet haben, jo lautete der Kampf= ruf einer revolutionierten Jugend. Und boch: je hingebender wir dem Augenblick leben, je leidenschaftlicher wir das Heute mit unserm Willen durchdringen möchten, besto mehr muffen wir doch auch wieder Abstand bon ihm nehmen. Sonst verlieren wir uns barein, verglühen wir an unserer eigenen Leidenschaftlichkeit. Immer muffen wir wieder auf Augenblide heraustreten aus bem mitreißenden Strom und einen Blick tun über den schon zurückgelegten Weg. Und nicht nur das. Richt nur den von uns beschrittenen Weg muffen wir uns ruckschauend vergegenwärtigen. Immer weiter zurück gilt es die Grenzlinien bes eigenen Blidfeldes zu verlegen, bis in eine ferne Borzeit. Erft bann, wenn wir ben ganzen Beg überblicken, den unfer Bolt in zahllosen Generationen im Laufe einer vielhundertjährigen Geschichte durchlaufen hat, vermögen wir die treibenden Rrafte zu erkennen, die diese Geschichte bestimmt haben, vermögen uns der Kräfte bewußt zu werden, die auch die Gegenwart bestimmen und in beren Spiel wir selbst ein schaffendes Blied sind.

Wer dann so in unermüdlicher Arbeit gelernt hat, sich vergangenes Leben so vertraut zu machen, als ob es heutiges wäre und dem die Gegenwart nur wie ein Gleichnis vergangenen Geschehens erscheint, dessen Blick zieht es dann unwiderstehlich auch nach der anderen Richtung, in das Neuland hinein, in das die Geschichte ihren Fuß noch nicht gesetzt hat. Hier allerdings sindet der suchende Blick nur vage Umrisse, nur Andeutungen künftiger Schicksale, nur Wegspuren, aus denen einsmal Wege werden können, wo aber erst noch menschliche Freiheit in

Form von Führerwille und Führerfähigkeit über die Wahl unter den verschiedenen möglichen Wegen entscheiden wird. Schon dieser kurze Ausblick in die Zukunft läßt uns aber wieder den unserm heutigen jüngeren Geschlecht so vielfach abhanden gekommenen Glauben an den Sinn und die Zielhaftigkeit des Gegenwartsgeschehens gewinnen. Offentsliche Tätigkeit, "Politik" erscheint uns dann nicht mehr bloß als Tummelplat ehrgeizigen Strebertums und gewinnsüchtiger Geschäftesmacherei. Ausblicke und Ziele tun sich vielmehr vor uns auf, die wieder den ganzen Einsat der Persönlichkeit lohnen.

#### H

Solange es menschliche Geschichte gibt, solange ist bas Grundgesetz menschlichen Zusammenlebens dasjenige zwiespältiger Gegensätzlichkeit. Schon das menschliche Einzelwesen ist nicht ein einziges. Schon es ist auseinandergelegt in zwei Geschlechter, als ob nur der Geschlechts= gegensatz sein Dasein dauernd sicher zu stellen, als ob nur der nie ruhende Kampf der Geschlechter es vor dem Versinken in den langsamen Tod der Inhaltslosigkeit zu bewahren vermöchte. Genau so verhält es sich mit den Gemeinschaften, in denen die Menschen über die gange Erde gerftreut zusammen wohnen. Wo menschliche Berbande miteinander in Berührung tommen, treten fie in Gegensatz zueinander, sei es einer gegen einen, sei es einer gegen mehrere, oder mehrere gegen mehrere. Immer aber sind es zwei Gruppen. Ginen drei= spältigen Gegensatz gibt es nicht. Denn das ist das Wesen und der Sinn bes Kampfes: daß zwei gegenfähliche Willensmächte um die Herrschaft ringen. Sein Ziel ift überperfonlich. Rampf ift ber Austrag um die Ordnung der Herrschaft. Ohne ihn erstürbe bald jede menschliche Leistung. Ohne Krieg gabe es kaum noch menschliche Gemeinschaften auf der Erdoberfläche. In diesem Sinne ist der Krieg der Bater aller Dinge. Diese griechische Weisheit ist auch heute, nach zweieinhalbtausend Jahren, nicht weniger wahr.

Aber nicht nur zwischen den Gemeinschaften besteht diese lebenspendende Gegensätlichkeit. Auch innerhalb jedes einzelnen Gemeinwesens hat die Zweispaltung in entgegengesette Willensrichtungen Sinn und Zweck. Nicht als ob im Staate gleichzeitig zwei "Parteien" regieren könnten. Auch der Parteikampf ist nur ein Austrag um die Ordnung ber Herrschaft. Aber ein Staatswesen ohne innere Parteiung verfällt sehr bald in Erstarrung und damit früher ober später bem Untergang. Der Absolutismus - bes einzelnen Herrschers ober einer regierenden Schicht - mag vorübergebende Söchstleistungen erzielen. Um so jäher folgt auf die Höhe aber der Sturz in die Tiefe. Die neuere Geschichte liefert mancherlei Beispiele dafür. Man bente an Ludwig XIV., an Napoleon I., an Friedrich den Großen und in einem gemissen Sinne selbst an Bismarck, bezw. Wilhelm II. In Staatswesen, die auf alter Tradition beruhen, vermeiden die jeweiligen Machthaber es, ihre innerpolitische Gegnerschaft mit Stumpf und Stil auszurotten. In England bildete sich als Gegensat zur einseitigen Königsgewalt ein Barla-

ment. Als die Königsgewalt später zur bloßen Repräsentation herab= fant, übernahm eine zweite Parlamentspartei die Opposition. Seither geschieht in England die "Ordnung der Herrschaft" im parlamentarischen Rahmen. Dieses System hat dem Land in guten wie schlimmen Zeit= läufen eine ausgeglichene, sichere Leitung gewährleistet. Bolichewismus und Faschismus laffen heute diese staatspolitische Erbweisheit vom not= wendigen Gegenspiel innerer Kräfte ganglich vermissen. Niemand wird ihre Bölker um das Schickfal beneiden, das ihnen deswegen früher oder später bevorsteht, auch wenn man manche heutige Leiftung bei= spielsweise des Faschismus positiv würdigen will. Gin Beispiel innerer Erstarrung aus vergangener Zeit bildet schließlich auch die alte Eidgenoffenschaft. Ihr ruhmlofer Untergang war die Folge davon, daß eine immer ausschließlichere Herrschaftsschicht durch Jahrhunderte hin= durch jede innerpolitische Gegnerschaft niedergeschlagen und sich damit selbst des besten Mittels, jung und zum Regieren fähig zu bleiben, be= raubt hatte.

#### III.

Mit dem Zerfall des römischen Reiches deutscher Nation im aussgehenden Mittelalter sett in Europa der Kampf um die "Ordnung der Herrschaft" ein, der seither nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Er spielt sich lange Zeit vorwiegend zwischen Frankreich und Habsburgscherreich als den Kristallisationskernen der zwei Kampfgruppen ab. Die burgundische Zwischenmacht leuchtet nur meteorhaft auf, um bald unter den Streichen der Eidgenossen wieder zu verschwinden. Erst das Preußen Friedrichs des Großen greift mit europäischen Herrschaftsansprüchen bestimmend in die französischshabsburgische Auseinandersetzung ein. Heute sind Frankreich und Deutschland die Kristallisationskerne der eurospäischen Barteiung.

Die Eibgenoffenschaft der acht alten Orte ist in einem gewissen Sinne aus bem innerdeutschen Ringen um die Nachfolge der wesenlos gewordenen mittelalterlichen Kaisergewalt hervorgegangen. Es sollte ihr nicht beschieden sein, dabei dauernd in eine führende Stellung gu gelangen. Wohl bilbete fie im 15. Jahrhundert bas ftartfte Gemein= wesen und den eigentlichen Rraftmittelpunkt im Reiche. Aber basjenige Landesfürstentum, in beffen Befit die Reichsgewalt schließlich gelangte, bas Saus Sabsburg, verfäumte nichts, seinen gefährlichsten Gegenspieler, den "großen alten Bund in oberdeutschen Landen", dem Reich3= gedanten zu entfremden, indem es zu seiner Bewältigung selbst geschworene Reichsfeinde, im alten Zürichkrieg ben französischen Rönig, dreißig Jahre später den Burgunderherzog herbeirief. Und als schließ= lich der österreichische Raiser am Ende des 16. Jahrhunderts noch ein= mal einfache Unterwerfung unter die von ihm geübte Reichsgewalt ver= langte, tam es zum Waffengang, der mit der fattischen Lösung vom Reiche endete.

Als selbständige Macht warf die Eidgenossenschaft nun ihre übersschäumende Bolkskraft auf die oberitalienischen Schlachtfelder. Den ruhmsvollen kriegerischen Unternehmungen fehlte es aber am leitenden pos

litischen Gedanken; die schließliche Sicherung des Besitzes der südlichen Alpentäler war mehr Begleiterscheinung. So war der schlimme Aussgang unvermeidlich. Man konnte nur selbst Großmacht und damit Partner im europäischen Machtringen, nicht aber noch eine dritte unsahhängige Macht zwischen den bereits im Kampf miteinander liegenden Machtgruppen sein. Nachher hat Zwingli noch einmal den Gedanken gesaßt, die Schweiz auf der Grundlage des Geisteskampses zum mitsbestimmenden Faktor im europäischen Machtringen zu erheben. Hier sehlte es nicht am leitenden Gedanken. Aber die Aussührung mißlang. Von da an verzichtet die Schweiz auf Geltendmachung eigenen Machtswillens. Ihre außenpolitische Sorge ist künftig vorwiegend darauf gesrichtet, zwischen den zwei Mühlsteinen des europäischen Machtgegenssäches nicht zerrieben zu werden.

#### "IV.

Die Schweiz war Zwischenland geworden. Diese Lage hat nicht nur ihr künftiges außenpolitisches Verhalten, sondern auch ihre ganze weitere Geschichte, ihre innere Entwicklung, ihre gesellschaftliche Gliedezung viel mehr bestimmt, als das in den heute als klassisch geltenden Werken der Schweizergeschichte zum Ausdruck kommt. In ihren letzten bestimmenden Kräften wird Schweizergeschichte eben immer nur im Zusammenhang mit dem gesamteuropäischen Kräftespiel verstanden werden können. Und zur Hauptaufgabe künftiger schweizerischer Geschichtszichreibung gehört es daher, diesen Zusammenhang ganz anders herauszurebeiten und zur Darstellung zu bringen, als das bisher der Fall war.

In den Werken der Dändliker, Dechsli, Dierauer stoßen wir bei ber Aufzählung der bestimmenden Rräfte im eidgenöffischen Staatswesen vorwiegend nur auf die Gegensatpaare von Regierenden und Untertanen, Städte- und Länderkantonen, katholischen und protestantischen Orten, Föderalismus und Zentralismus. Gerade derjenige Gegensat aber, im Bergleich zu dem alle anderen Gegensatpaare mehr nur hinzutretende Faktoren bedeuten: die grundfätliche Berschiedenheit in der Einstellung zu den Fragen der Außenpolitik und schließlich zum Berhältnis des Einzelnen zum Staat überhaupt, findet sich kaum irgendwo zusammenhängend herausgearbeitet. Und doch haben die zwei Kräfte= gruppen, die (wenn auch nie in organisierter Form) bald als französische und antifranzösische Partei — lettere zu den verschiedenen Zeiten auch als holländische, preußische, österreichische oder kaiserliche bezeichnet -, bald, wie beispielsweise in den sechs Jahren vor der französischen Invasion, als Neutralitäts= und Kriegspartei, oder neuestens als Bölker= bunds- und Neutralitätsanhängerschaft, um den beherrschenden Ginfluß auf die äußere Haltung des eidgenössischen Staatswesens ringen, mit ihrem Spiel und Widerspiel den Charafter der schweizerischen Außenpolitik vom Ruckzug von Marignano bis zur Gegenwart bestimmt. Diese Parteiung geht quer burch die regierenden Schichten der Aristo= fratie-, Handels- und Landsgemeindekantone, wenn sie auch in der bernischen Aristokratie, weil Bern neben Zurich für die schweizerische Außenpolitik noch fast einzig ausschlaggebend ist, am deutlichsten und wirkungsvollsten zu Tage tritt. Sie scheint wohl gelegentlich mit der tonfessionellen Spaltung zusammenzufallen, oder sich zur Zeit der helvetischen Revolution mit dem Gegensatz der bisherigen Regierten und Regierenden zu beden. Aber diese Gegenfate verlieren sich mit der Zeit. Sie aber überlebt alle, eben weil sie in der Lage der Schweiz als

eines Zwischenlandes ihren Ursprung hat. Zwei fürzlich erschienene Einzeldarstellungen zur Schweizergeschichte lassen nun einen gang besonders guten Ginblick in das Spiel und Widerspiel der beiden außenpolitischen Parteien der Schweiz tun. Beide Bücher\*) find unabhängig voneinander entstanden und erschienen, aber beiden ist gemeinsam, daß sie zum ersten Mal sich auf die volle Renntnis und Berwertung bes Aftenmaterials ber frangosischen Gesandten in der Schweiz stüten. Schon das verleiht ihnen eine besondere Bebeutung. Die schweizerische Außenpolitik ber vergangenen vier Jahrhunderte und die frangosische Diplomatie sind ein untrennbares Ganges. Sie rufen daher der Revision dieses oder jenes Werturteils der bis= herigen Forschung. Sie rufen aber auch neuen ergänzenden Gesichts= punkten, von denen einzig eine Neubelebung der nachgerade manchmal etwas allzu lebern vorgetragenen Schweizergeschichte und eine unsern heutigen Bedürfnissen entsprechende Vertiefung derselben zu erwarten ist. Dann aber hat der Zeitabschnitt, den sie in gegenseitiger Erganzung behandeln und der in den Gesamtdarstellungen der Schweizer= geschichte meist viel zu turg tommt, für unsere heutige Zeit wieder ein ganz besonderes Interesse. In den 58 Jahren vom Regierungsantritt Friedrich des Großen (1740) bis zur französischen Invasion (1798) spielt sich ein Stud Schweizergeschichte ab, bas zwar weniger an äußeren Ereignissen, um so mehr aber an innerem Geschehen reich ist und aus dem das gegenwärtige Geschlecht vielleicht mehr lernen kann als aus irgend einem anderen.

## V.

Bu Beginn bes 18. Jahrhunderts war bas junge, aufstrebende preußische Königreich zur Eidgenoffenschaft dadurch in ein näheres Berhältnis getreten, daß sein König Fürst von Neuenburg geworden war. Bern, beffen Außenpolitik für diejenige ber ganzen Eidgenoffenschaft

<sup>\*)</sup> Rubolf Witichi: Friedrich ber Große und Bern; Berlag

Saupt, Bern, 1926; 266 S.

Hudolf Witschie Friedrich der Große und Bern; Berlag Haupt, Bern, 1926; 266 S.

Hermann Büchi: Vorgeschichte der helvetischen Revos lution, I. Teil (Die Schweiz in den Jahren 1789—1798); Berlag Gaßmann, Solothurn, 1925; 622 S.

Beide Werke haben die Gesahren geschichtlicher Einzeldarstellungen vielsleicht nicht ganz zu vermeiden gewußt. Die Fülle des gebotenen Materialsschadet oft der Abersichtlichkeit und anschaulichen Gliederung der Darstellung. Witschie wirkt in fast zu gedrängt Büchi im Gegenteil aber zu gustührlich zu Te Bitschi wirkt so fast zu gedrängt, Büchi im Gegenteil eher zu ausführlich, z. T. fast wie ein Quellenwert. Ihren Wert für ben Geschichtstenner bermag bas faum herabzumindern. Dagegen tann es ihrer weiteren Berbreiterung hinderlich fein. Und boch mare eine solche gerade megen der vielfach neuen Gesichtspuntte, die fich in ihnen eröffnen, fehr zu munichen gemefen.

bis zu beren Zusammenbruch so gut wie den Ausschlag gab, war neben Freiburg, Solothurn und Lugern — mit dem die wichtigen Baßübergänge nach Frankreich bedenden Juraländchen verburgrechtet. So war der König von Preußen als Fürst von Neuenburg zugleich Berner Ausburger. Bon Bedeutung wurde das Berhältnis Preußens zur Gid= genossenschaft aber erst, als Preußen unter Friedrich dem Großen als jüngste europäische Großmacht in den Machtgegensatz Frankreich-Ofterreich eingriff. Im österreichischen Erbfolgekrieg kämpfte Friedrich Schulter an Schulter mit Frankreich gegen Ofterreich. Seine Erfolge im ersten schlesischen Arieg finden daher selbst in den antifranzösischen Areisen der Schweiz nur geteilte Aufnahme. Sie kommen eben zunächst der französischen Macht zugute. Und diese versucht mit der Unterstützung des Erbanspruches des baperischen Kurfürstenhauses doch nur wieder, sich den bestimmenden Einfluß im Deutschen Reich zu sichern. Mit einem Reichsoberhaupt von Frankreichs Inaden wäre aber auch die Schweiz wieder völlig vom französischen Machtfreis umtlammert gewesen. Darum standen auch die Anhänger der antifranzösischen Partei auf der Seite Maria Theresias. Erst als dann Friedrich 1742 mit Osterreich (einen vorübergehenden) Frieden schließt, wird ihm als einem Wahrer der beutschen Libertät zugejubelt, von dem man ein baldiges Zusammengeben mit Ofterreich, England, Rugland gegen ben Erbfeind beuticher Raisermacht und die Rückeroberung Elsaß-Lothringens und der Freigrafschaft erwartet.

Nachdem dann der Friedensschluß von 1748 den Strich unter den neusten frangosischen Vorherrschaftsversuch gesetzt hatte, machten in den folgenden Friedensjahren Handel, Gewerbe, Solddienst und Privilegiengenuß ihre Ansprüche geltend. Und da diese Dinge wesentlich von einem guten Berhältnis zu Frankreich abhingen, erhielten balb diejenigen Kreise wieder Obermasser, die als Nutnießer dieser Vorteile stets für das gute Verhältnis zu Frankreich eintraten. Die französische Diplomatie tat das ihre dazu, und wenn unter ihren Forderungen nicht auch diejenige der besonders für Zürich unannehmbaren Restitution gewesen ware, hatte sie schon bamals ben Triumph ber Wiedererneuerung des schweizerischefranzösischen Bündnisses feiern können. Anderseits wurde auch ein Bündnisangebot Friedrichs des Großen vom Jahre 1751 felbst vom antifranzösischen Standpunkt aus abgelehnt. Man fühlte zu sehr, daß der lette Krieg nur ein Vorspiel für noch weit Größeres gewesen war. Überall sah man die Großmächtediplomatie an der Arbeit bei der Bilbung zweier neuer Rampfgruppen, beren Rriftallisationskerne jest vornehmlich Frankreich und England waren. Die Lage Preußens, des wenig beliebten Reulings im Großmächtekonzert, erschien dabei keineswegs gesichert. Ein Bündnis mit ihm hatte unmittelbar zur Berwicklung in das gefahrvolle Spiel der Großen führen muffen.

Im Jahre 1756 brach in der Tat der Krieg aus. Und zwar brachte er eine Gruppierung, die für die Schweiz neu und ganz besonders gefahrvoll erscheinen mußte. Die zwei traditionellen europäischen Gegenmächte, Frankreich und Osterreich, auf deren Gegensätzlichkeit die Zwischen-

landeristenz der Schweiz seit zweihundert Jahren zum guten Teil beruht hatte, fochten nun, im Berein außerdem mit einer ganzen Reihe anderer Mächte, zusammen gegen Preußen und England. Die Schweiz war von der einen Kriegspartei sozusagen ringsum (mit Ausnahme des Stückes vom Stilfferjoch bis zum Comerfee - Republik Benedig, und Langensee bis zur Rhone bei Genf — Sardinien) umklammert. Hätte schon dieser Umstand genügt, die antifranzösischen Kreise gang auf die Seite Preugens zu führen, jo tam dazu noch, dag feit dem Trutli= Bund der katholischen Orte mit Frankreich der konfessionelle Gegensat sich zum Teil mit der Parteiung nach außenpolitischen Gesichtspunkten bedte, und daß nun Preußens Sache zugleich und ganz allgemein als diejenige des evangelischen Glaubens angesehen wurde. Das alles hatte benn auch zur Folge, daß die friegerischen Ereignisse des siebenjährigen Rrieges in der Schweiz mit einer Leidenschaftlichkeit verfolgt wurden, die wenn möglich selbst diejenige mährend des Beltkrieges noch über= trifft. In Appenzell wurde für Friedrich ein Bettag gehalten. In Bern, Bafel und Genf tannte, nach zeitgenöffischen Berichten, der Jubel nach seinem Sieg in der Pragerschlacht feine Grenzen. Umgekehrt ließ auf die Nachricht von seiner Niederlage von Kollin hin der Rat von Bug das Hochehrwürdige aussetzen und ein Tedeum singen. In Einsiedeln gar wurde eine Strohpuppe, die König Friedrich darftellen follte, auf einen Ziegenbod gebunden und angezündet. In den Wirtshäusern Berns magen sich die Leute in hoher Politif. "Gewöhnlich bekam dabei die Preußenpartei Obermaffer; die großen Neuigkeiten der Gazetten wurden laut bejubelt, Siegeslieder angestimmt und man ftieg auf bas Wohl des "werten und lieben Baters Frigen" an, alldiemeil die "Oftreicher" und "Französischen" in einer abgelegenen Rammer verbissen ihren Tarock spielten, sich möglichst wenig sehen ließen, wenn sie es überhaupt nicht vorzogen, an solchen schwarzen Tagen zu Hause zu bleiben oder zu Gleichgesinnten aufs Land zu fahren" (Witschi, S. 59). Auf Tabaksdosen und Fächern und in zahlreichen Stichen fand das Bild Friedrichs weiteste Verbreitung. "Schabe - seufzte Bodmer in Bürich in einem Brief an Zimmermann —, daß ihn ein Schweizer nicht laut loben dürfe." Der Berner B. B. v. Ticharner besang ihn trop= bem in begeisterten Oben. Machte sich die Stimmung dann gelegentlich einmal in gar zu auffälligen Kundgebungen Luft, so schritt die besorgte Obrigkeit ein, wie beispielsweise, als nach ber Nachricht von ber Niederlage der Franzosen bei Minden einige Berner Bürger mit dem auf der Freitagsschanze aufgestellten Böller Bittoria ichoisen. Chronift weiß darüber zu berichten, daß der Magiftrat diefes Schiegen mit nicht geringer Bestürzung gehört und der Rat darauf zur Beibehaltung einer vollkommenen Neutralität und um Frankreich keine Ombrage zu geben, beschloffen habe, die unbedachtsamen Gunder bor sein Forum zu gitieren und ihnen burch ben Sedelmeister bero höchstes Mißfallen bezeugen und sie zu mehrerer Brudenz anmahnen zu laffen (Witschi, S. 84). Indessen vermochte alle richtige Erkenntnis, wie sie in berartiger gefühlsmäßiger Stellungnahme zu bem großen europäischen

Machtringen zum Ausdruck kam, nicht zu verhindern, daß zahlreiche schweizerische Regimenter, worunter zwei bernische, in Frankreichs Sold auf deutschem Reichsboden gegen den Preußenkönig kämpsten; in der Schlacht bei Roßbach waren es überhaupt einzig die vier roten Schweizerzegimenter gewesen, die dem preußischen Ansturm Widerstand entgegenzgeset hatten. So sehr war die Eidgenossenschaft im Laufe der Jahrshunderte um ihre staatliche Selbstbestimmung gekommen. Wenn Bürger in etwas auffälliger Weise ihre Gesinnung bekundeten, so wurde das mit Rücksicht auf Frankreich als neutralitätswidrig vermahnt. Wenn aber die beste schweizerische Volkskraft in fremdem Sold und für fremde, den Interessen des eigenen Staatswesens zuwiderlausende Machtziele auf den europäischen Schlachtseldern kämpste, so galt das weder als neutralitätswidrig, noch konnte es verhindert werden, weil zu viele materielle Interessen der regierenden Schichten mit dem französischen Soldsbienst direkt oder indirekt verbunden waren.

In engem Zusammenhang mit dem Berlauf des siebenjährigen Krieges und dem erneuten französischen Machtniedergang stand auch jene geistige Strömung in der Schweiz, die die Befreiung von der französischen Kulturvorherrschaft und die eigene nationale und kulturelle Erweckung zum Ziele hatte. Die Gründung der Helvetischen Gesell= schaft fiel in die Zeit des siebenjährigen Krieges. Frankreich witterte in dem dort gepflegten vaterländischen Beift denn auch gleich eine Befahr; es befürchtete bavon eine Zerstörung bes "bem Schweizer so eingeborenen Sanges zur frangösischen Krone" (Witschi, S. 151), und ber französische Botschafter in Solothurn rühmte sich, daß es zum Teil sein Berdienst sei, wenn die Berner Aristokratenregierung gegen den Schingnacher Patriotentreis vorgegangen sei. Der aus dem preußischen Dienst heimgekehrte Reitergeneral Friedrich des Großen, der gebürtige Berner Lentulus, plante gar, um den frangofischen Ginfluß ein für alle Mal aus seinem Baterland zu bannen, die Schaffung eines neuen helbetiens unter engster Anlehnung an Preußen. Sein Plan war aber so reichlich phantastisch, daß er selbst bei den antifrangosisch Gefinnten auf keine Gegenliebe stieß. Unterdessen blieb aber die französische Diplomatie nicht untätig, um den bei den eidgenöffischen Orten so fehr gesunkenen französischen Einfluß wieder zu heben. Es hatte ihr ja nie an geeigneten Mitteln und Mittelchen gefehlt, angefangen von der feinsten Schmeichelei über die mittelbare oder unmittelbare Bestechung bis zur offenen Drohung und schließlichen Gewaltanwendung, wenn sie im gegebenen Augenblick biefem Ginfluß wieder ausschlaggebende Geltung auf die außenpolitische Haltung der Schweiz verschaffen wollte. So griff sie auch jest nach ihrem durch all die Jahrhunderte hindurch so funstvoll ausgebauten strategisch = verkehrspolitischen Druckspstem: Im Sahre 1768 wurde in Berfoir mit dem Bau von Arbeiten begonnen, bie auf nichts anderes als die Schaffung einer regelrechten Stadt mit gewaltigen Safen- und Befestigungsanlagen zielten. Daburch sollten nicht nur die schweizerischen Berbindungen mit Genf, sondern auch der mittelschweizerische Sandel mit den südfranzösischen Märkten unter französische Kontrolle kommen. Mit der vor Basels Toren errichteten Festung Hüningen zusammen konnte Frankreich so die Schweiz wie in einem strategisch=verkehrspolitischen Zangengriff halten (man vergleiche das Wiederaufleben dieses Druckspftems in Art. 435 und 355-362 des Versailler Vertrages von 1919). In Bern war man wie vor den Kopf geschlagen. Die so lange in den Hintergrund gedrängte Franzosenpartei witterte Morgenluft. Zwar sei es nicht immer erquicklich — drückte sie sich in einer Denkschrift aus -, mit ber stärksten Nachbarmacht zu gehen; aber bem Schwächeren bleibe nichts anderes übrig. Sie hatte diesmal ihre Hauptvertreter im Kleinen und im Geheimen Rat. Der Große Rat dagegen war mehrheitlich antifranzösisch. Und weil dieser um die Sahrhundertwende volle Unabhängigkeit von den beiden andern Räten erlangt hatte - zum großen Bedauern der französischen Diplo= matie, weil dadurch alle außenpolitischen Magnahmen der Prüfung einer "schwierigen und wankelmütigen Masse" unterstellt seien -, kam es jett in ihm zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen. Unter dem Einfluß der Geschehnisse der letten Jahrzehnte war eben eine national erweckte und kampfesfreudige Jugend herangewachsen, die in Niklaus Friedrich von Steiger einen trefflichen Unführer befag. Besondere Erbitterung erregte es in diesen Rreisen, daß der Geheime Rat den wirklichen Sachverhalt in Bersoir vor dem Großen Rat verheimlichen wollte. Aus diesen Rreisen fielen jest Worte vom Untergang des Baterlandes, von schimpflicher Stlaverei, von der Ehrenpflicht, den Schlag abzuwenden. Die Parteigänger Frankreichs bagegen wollten fich mit mundlichen Borftellungen beim Botschafter in Solothurn begnügen: "Münd= lich vorgebrachte Petita beleidigen allemal minder, weil die schriftlichen eine publicitet haben, die zuweilen dem point d'honneur entgegen ift." (Wer bachte nicht an die sanften Borftellungen, die schweizerische Minister im Laufe der letten Jahre ab und zu in Paris und Rom haben vorbringen muffen!) Schließlich ging die Gefahr wieder einmal gnädig vorüber. Friedrich der Große hatte sich auf Ansuchen der Schweiz in Paris dafür verwendet, daß dieser anstößige Festungsbau nicht weiter= geführt werde. Und dann fehlte ichon nach turzer Zeit Frankreich das nötige Beld, um mit den toftspieligen Arbeiten weiter zu fahren. Die begonnenen Berke gingen schnell vollständigem Verfall entgegen.

Indessen kamen im Lause der nächsten Jahre bald andere Umstände der schweizerisch-französischen Wiederannäherung zugut. So prächtig bestellt, wie Lavater es in seinen Liedern sang, war es eben in der Schweiz keineswegs. "Den Schweizer quälte ein greisenhaftes Angstsgefühl vor der unabweislichen Degeneration" (Witschi, S. 169). Angst und das Gefühl der Hilsosischen Degeneration" (Witschi, S. 169). Angst und das Gefühl der Hilsosischen die Grundstimmung der regierenden Schichten, deren Streben nach einem Wort Johannes v. Müllers eben "mehr nach Familienerhabenheit statt nach Laterlandsgröße" ging. Was war daher natürlicher, als daß die tollsten Gerüchte — von der französischen Diplomatie, wenn auch nicht immer erfunden, so doch immer geschickt verbreitet und ausgenütt — Glauben fanden. Bald war es die Waadt, um die man sorgte, weil in einem französisch-sardinischen Geheim-

vertrag soeben ihre Austeilung beschlossen worden sein sollte. Bald fürchtete man — und hier noch am meisten mit Recht — die Pläne des rührigen und tatendurstigen Habsburgers Joseph II. Aurzum, man sühlte sich in dem unruhigen Europa, bei allem Wohlwollen, dessen man seitens Friedrich des Großen glaubte versichert sein zu dürsen, nicht wohl — Preußen lag ja auch gar zu weit ab. Und so trasen sich denn hier das Anlehnungsbedürsnis der um ihr Schicksal bangenden altersmüden eidzenössischen Regierungsschichten mit dem Wunsch der französischen Diplozmatie. Deren Einslüsterungen zeitigten bald einen vollen Ersolg. Der Geheime Rat in Bern stellte, nach entsprechender Sondierung bei den andern Ständen, im Jahre 1774 im Großen Kat den Antrag auf Erzneuerung der französischen Allianz. Drei Jahre später wurde diese unter den pompösesten Feierlichkeiten in Solothurn abgeschlossen.

Einmal noch wandte sich die Teilnahme der antifranzösisch Ge= sinnten in der Schweiz Friedrich dem Großen zu, als dieser im Jahre 1785 den deutschen Fürstenbund schuf, von dem man erwartete, daß er der Grundpfeiler der Libertät halb Europas werden würde. Friedrich selbst hatte anderseits noch mehrere Male Gelegenheit, sich in schweize= risch=französischen Angelegenheiten zu Bunften der Schweiz zu ver= wenden. Einmal, als es sich darum handelte, zu Beginn der achtziger Jahre Genf nicht gang in die Willfur Frankreichs geraten zu laffen. Und dann wegen Neuenburg. Das Berhältnis Preugens zu Neuenburg, das hineinspielen der französischen Intrige in dasselbe, und die Stellung Berns dazu, mare ein Rapitel für sich. hier bleibt nur noch zu ermähnen, wie Friedrich sich für den Ginschluß des Fürstentums in die schweizerische Neutralität verwendete. Frankreich hatte nämlich den Einschluß Neuenburgs, Genfs und des Bistums Bafel in das Bündnis von 1777 und damit die Berpflichtung zur Respektierung ihrer Unverleplichkeit abgelehnt. Unter dem Drängen Friedrichs und der Eidgenossen erklärte es sich schließlich bereit, diese Gebiete als zum schweizerischen Staatsgebiet gehörig und als bessen Neutralität teilhaftig anzuerkennen, wenn die eidgenössischen Stände selbst einstimmig einer derartigen Ordnung zustimmen wurden. hinten herum aber forgte es, unter Aufwand der entsprechenden Mittel, dafür, daß eine solche ein= stimmige Zustimmung nicht zustande tam. Als dann auf ber Tagjatung von 1782, die die Frage endgültig erledigen sollte, Uri zur peinlichen überraschung sämtlicher Abgesandten das Fehlen eigener Instruktionen vorschützte, um die Sache zu Fall zu bringen, gab man in Bern ber Verwunderung Ausdruck, warum Neuenburg im Altdorf nicht Gold anwende. Man erhielt darauf die Antwort, die neuenburgische Regierung sei, für diese Art der Beredsamkeit nicht zu haben. "Bon dieser schweizerischen Dialektik wollte nun einmal König Friedrich sein Lebtag nichts verstehen" (Witschi, S. 183).

#### VI.

In dem bisher behandelten Zeitraum hatte es sich für keine der beiden außenpolitischen Parteien darum gehandelt, aus dem Rahmen

ber, infolge der französischen Bündnisse allerdings von Anfang an mehr nur scheinbaren, Neutralität herauszutreten. Das wurde anders, nachdem in Paris die Revolution ausgebrochen und damit eine Erschütte= rung der großen Nachbarmacht eingetreten war, deren Rückwirkung auf das künftige schweizerisch-französische Verhältnis und die Lage der Schweiz nach innen und außen nicht abzusehen war. In den aufgeregten, verworrenen Zeiten, die jest für gang Europa anheben, sehen sich die herrschenden Schichten der alten Eidgenossenschaft unabweislich vor die Frage gestellt, ob sie die Erhaltung ihrer Herrschaft und des eidgenössischen Staatswesens überhaupt weiterhin einem anädigen Schicksal anheimstellen, oder ob sie als handelnde Macht aktiv in das sie umbrandende Geschehen eingreifen und ihre Existenz gegebenenfalls mit dem Einsat von Gut und Blut verteidigen wollten. Die Wahl war gegeben. Die französische Partei wird nun — keineswegs etwa aus Sympathie zur Revolution, sondern weil das einzig ihrem Charakter entspricht zur Neutralitätspartei, die antifranzösische, unter der Führung des schon aus den Großratsbebatten der siebziger Jahre bekannten Niklaus Friedrich von Steiger, zur ausgesprochenen Kriegspartei. Beibe Parteien besiten wie früher ihre Unhänger in den regierenden Schichten aller Stände, wenn auch die Handelskantone vorwiegend zur Neutralitätspartei ge= hören — deren Haupt ist der nachmalige Zürcher Bürgermeister David von Wnß —, die Aristokratie= und Länderkantone zur Kriegspartei. Um ausgesprochensten ist der Gegensat wieder in Bern, dem ausschlag= gebenden Faktor der eidgenöffischen Außenpolitik.

Schon diese Art, wie sich die beiden Parteien zusammensetzen, zeigt deutlich, daß es keineswegs ausschließlich ober auch nur vorwiegend "Sympathien" zu der einen oder anderen europäischen Machtgruppe find, die ihrer Gegenfählichkeit zu Grunde liegen. Wenn es schon un= richtig ist, die heute in der Schweiz vorhandene gegenfätliche Einstellung zur Außenpolitik ausschließlich auf die Zugehörigkeit zu den ver= schiedenen europäischen Kultur= und Sprachgemeinschaften zurückführen zu wollen, so wäre das für die damalige Zeit, wo der regierende Teil der Eidgenoffenschaft überhaupt nur deutschsprachig, und anderssprachige Teile nur als Untertanen und Verbündete angeschlossen waren, doppelt un= richtig. Gewiß tann die Rultur- und Sprachzugehörigkeit für den außenpolitischen Willen bestimmend sein. Im Zeitalter ber großen nationalen Auseinandersetzungen und der erbitterten europäischen Minderheitenfämpfe sehen wir das zur Genüge. Aber sie war es für die damalige Spaltung der regierenden Schichten der alten Eidgenoffenschaft feineswegs.

Die Erbeinung zwischen der Schweiz und Osterreich vom Jahre 1511 war ein Defensivvertrag, der auf Gegenseitigkeit beruhte und keinen der Vertragsgegner in seiner Eigenschaft als vollsouveränen Staat mit eigenen Staatszwecken beeinträchtigte. Die beiden Mächte übernahmen darin die Verpflichtung, sich gegenseitig nicht zu bekriegen, bei Angegriffenwerden von dritter Seite auf Bunsch des Angegriffenen ein "getreues Aussehen" zu haben und ihren Untertanen das Reislausen

gegeneinander zu verbieten. Ofterreich anerkannte damit den dermaligen Gebiets= und Rechtsbestand der Schweiz, unter der Voraussetzung, daß diese, wenn sie mit dem Reiche nicht mehr gemeinsame Sache machen wollte, es auch mit dessen Gegner nicht tun sollte; oder wie einige Jahre vorher König Maximilian es in einem Schreiben an die Orte noch aussgedrückt hatte: "Bo Ir aber je solch Hülf wider jedermann (d. h. wie Osterreich es wünschte) nit zusagen und beweisen wollet, alsdann besgehren wir an Euch, daz Ir stillsitzen und keiner Parthen Hilf und Zusschueb tuet."

Gang anders beschaffen mar der Bundnisvertrag, den die Schweiz mit Frankreich im Jahre 1521 abschloß und der allen späteren Bündnis= abschlüssen mit dieser Macht als Grundlage gedient hat. Zwar wird auch als Zweck dieses Vertrages die Erhaltung und Verteidigung des beidseitigen Gebiets= und Rechtsstandes bezeichnet, aber der französischen Arone wird für den Fall des Angegriffenwerdens von dritter Seite bas vertragsmäßige Recht eingeräumt, in der Schweiz auf Rosten Frantreichs fechs= bis fechzehntausend Mann Soldtruppen zu werben, die von ber Schweiz weder zurudgehalten, noch mahrend des Rrieges zurudgerufen werden dürften. Dem Wortlaut nach tonnte auch diefer Bertrag zur Not als auf Gegenseitigkeit beruhend angesehen werden. Dem Sinne nach nicht. In ihm tommt jest zum Ausbruck, wie fehr bas staatliche Empfinden der führenden Schichten der Eidgenoffen und ihr Wille zu eigenstaatlichem Dasein durch das zügellose Bestechungs- und Reisläuferwesen der letten Jahrzehnte gelitten hatte. Diese führenden Schichten werden sich zwar der vollen Tragweite ihres Sandelns faum von Anfang bewußt gewesen sein — es fehlte immerhin nicht an Warnern, man bente an Zwingli! In Wirklichkeit bedeutete der Abschluß des Bündnisses mit Frankreich die Abdankung eigenstaatlichen Daseins. Um der privaten Borteile willen, die man baraus zog, stellte man der französischen Macht die militärische Kraft des eigenen Bolkes zur Berfügung. Es dauerte nicht lange, so waren auch die übrigen Mittel eidgenössischer Eigenstaatlichkeit dem steten frangosischen Zugriff ausgeliefert. Je mehr die regierenden Schichten ihre ganze private und öffentliche Stellung auf das Berhältnis zu Frankreich, d. h. auf die finanziellen Erträgnisse bes französischen Soldbienstes eigener Angehöriger ober ber Untertanen, gründeten, besto vollständiger waren sie auf das Wohlwollen Frankreichs angewiesen. Je mehr anderseits die schweizerische Boltstraft auf den europäischen Schlachtfeldern für frembe Machtziele verblutete, desto mehr wurde die erste Bedingung eigener Staatlichkeit: die eigene Wehrhaftigkeit, vernachlässigt. Schließlich verstand es die französische Krone auch, Sandel und Gewerbe der Schweiz dadurch, daß sie ihnen in Frankreich außergewöhnliche Privilegien gewährte, so mit den frangosischen Interessen zu verknüpfen, daß ihr Bebeihen und Blühen notwendigerweise gute Beziehungen zu Frankreich verlangte. Dazu tam, daß eidgenöffische Regierungsmitglieder zu allen Beiten und in großer Bahl gemissermaßen in frangosischen Dienst traten, indem sie sich von der frangosischen Krone wie deren eigene Beamten

"besolben" ließen — der regierende Schultheiß von Luzern erhalte vom französischen Gesandten stets eine Extrabesoldung, lesen wir in einem zeitgenössischen Bericht nach Paris, "damit er dem, was der König verlangt, Eingang verschaffe." Und zuguterletzt hatte Frankreich sich in seinen andauernden Eroberungen an den schweizerischen Grenzen in eine Lage zu versetzen gewußt, die es ihm jederzeit gestattete, die Schweiz unter schärfsten militärischen oder verkehrspolitischen Druck zu nehmen (Hüningen, Bersoix u. a.).

Alle diese Umstände haben den Charakter der traditionellen französischen Parteigängerschaft in der Schweiz bestimmt. Sie bestimmen ihn im wesentlichen noch heute. Sein Hauptmerkmal hat der 1792 zur Erkundung der Stimmung und der Aussichten für ein Zusammengehen mit den antirevolutionären Mächten nach der Schweiz geschickte preußische Gesandte Marval in seinem Bericht mit den Worten beschrieben: "Alle Besuche und alle Unterredungen mit den Tagsatungsabgeordneten haben mich davon überzeugt, daß man in der Schweiz eine heillose Angst hat vor den Franzosen und daß dieses Gefühl die Mehrheit leitet" (Buchi, S. 36). In Frankreich wußte man das ganz genau. Ein französischer Gesandter (Courteille) hatte das einmal so ausgedrückt: "Unter den Schweizern find wenige, die uns lieben, und viele, die uns haffen; ber große Haufen aber fürchtet uns" (Witschi, S. 27). Und ber erfte revolutionäre französische Außenminister (Dumouriez) gibt ber Schweiz zu verstehen, wie es eigentlich in Wirklichkeit mit dem französisch-schweizerischen Berhältnis bestellt sei: "Es ift Zeit, daß man in ber Schweiz wisse, daß, wenn wir die Nüplichkeit unseres Bundnisses mit diesem Land zu schätzen wissen, wir auch wissen, daß dieses Land nicht an Frankreich vorbeisehen kann; daß, wenn es jo unklug mare, seine Interessen von den unfrigen zu trennen, die Notwendigkeit es bald wieder zurückführen würde" (Büchi, S. 32).

So ist die Angst die treibende Kraft der Politik der französischen Parteigängerschaft. Ungst ist aber in politischen Dingen der schlechteste Berater. "Die Angst, den Franzosen zu mißfallen, ist noch größer als diejenige vor der Invasion selbst," heißt es in einem Bericht des sar= binischen Gesandten, als man in dem Augenblick, in dem Genfs Bedrohung aufs höchste gestiegen ist, daran geht, die drei bernischen bewaffneten Barken auf dem Genfersee zu entwaffnen - aus Sparfamfeitsrücksichten, wie es heißt, in Wirklichkeit, um nur Frankreich einen Gefallen zu tun. Selbst die bescheidensten militärischen Vorkehrungen werden unterlassen, weil sie Frankreich reizen könnten. Reine französische Demütigung und Herausforderung ist so groß, daß man sie nicht einsteckt, in ber Meinung, mit Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit noch am ehesten dem drohenden Verhängnis entrinnen zu können. "Die Eidgenossenschaft wird alles erdulden - lesen wir weiter in einem sar= binischen Gesandtschaftsbericht jener Jahre (Büchi, S. 99) -, alles er= tragen und es nie zum Krieg mit Frankreich tommen lassen, wenn er ihm nicht gang positiv erklärt wird." Darum munschte die Steigerpartei schließlich nichts sehnlicher als ben offenen Angriff Frankreichs. Er einzig

konnte noch verhindern, daß als Folge der ständigen Unterwürfigkeit und Nachgiebigkeit der lette Reft an Bertrauen, Entschluffähigkeit und Pflichtgefühl zusammenbrach und nachtester Egoismus, der nur daran benkt, bas eigene Selbst möglichst ungeschoren burch die Ratastrophe zu retten, alles überwucherte. Aber selbst, als gegen Ende des Jahres 1797 fein Zweifel an dem bevorstehenden französischen Angriff mehr bestehen konnte, ist die französische Parteigängerschaft bei dem Gedanken an einen Krieg mit Frankreich geradezu betäubt (Büchi, S. 579). Nun trat die Folge einer fast dreihundertjährigen Politik zu Tage. Jahr= hunderte hindurch hatte man die Wehrkraft des eigenen Volkes auf alle europäischen Schlachtfelder ziehen laffen und den klingenden Gewinn da= für in Form von Pensionen und Jahrgelbern eingestrichen. Daburch war nicht nur das eigene Wehrwesen unentwickelt geblieben. Man hatte da= bei selbst den Willen verloren, sich für seine Angelegenheiten zu wehren. Sich für seine eigene Sache mit eigenen Mitteln und auf eigene Kosten schlagen zu muffen, diefer Gedanke mar den Nugniegern des französischen Bündnisses so gänzlich unvertraut geworden, daß sie ihn auch jett, unter dem äußersten Zwang der Verhältnisse, nicht mehr zu denken vermochten. Etwas Hilf= und Ratloseres als jene Kreise in den letten Wochen vor Beginn bes frangosischen Einmarsches kann man sich kaum vorstellen. Der — abgesehen von den paar Heldentaten bernischer, und später innerschweizerischer Truppen — ruhmlose Untergang der alten Eidgenoffenschaft hat mit furchtbarer Deutlichkeit erwiesen, daß eine Politit des Friedens um jeden Breis, auch wenn sie oft den Erfolg des Augenblicks für sich hat, auf die Dauer jedes Staatswesen zu Grunde richtet.

Aber nicht nur über die Politik des Friedens um jeden Preis, sondern auch über die Augenblicks-Politik der französischen Barteigänger= schaft hat das Frühjahr 1798 das Urteil gesprochen. Diese Augenblickspolitik hat ihren tieferen Grund allerdings darin, daß ihr Ziel über= haupt kein politisch=staatliches, sondern ein ausschließlich privates=person= liches ist. Nun scheidet sich gewiß in keinem Staatswesen die private Interessensphäre reinlich von der staatlich-politischen. Immer steht irgendwo die Herrschaft im Staate aufs engste mit dem privaten Borteil einer einzelnen Schicht im Zusammenhang. Die Nutnießer des französischen Bündnisses hatten aber so weit politisches Denken und Handeln verlernt, daß fie um des augenblicklichen nachten, materiellen Gewinnes willen selbst die Sicherung und Erhaltung ihrer Herrschaftsstellung vergaßen. Den frangösisch Gefinnten in ben regierenden Schichten war die Revolution genau so verhaßt, wie den Antifranzösischen, und sie fühlten sich in ihrer Herrschaftsstellung durch sie genau so bedroht, wie jene. Das hinderte fie aber keineswegs, bei jeder Belegenheit zur Ronfoli= dierung und Stärfung der Revolution beizutragen, wenn ein privater Borteil für den Einzelnen damit verbunden war. Go zogen beispiels= weise die Sandelskantone, aus denen die frangosische Parteigangerschaft sich vorwiegend rekrutierte, im ersten Koalitionskrieg aus dem der französischen Versorgung mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial dienenden Zwischenhandel ganz gewaltige Kriegsgewinne (Büchi, S. 220). Diese Bersorgung war für das sonst von allen Seiten blockierte revolutionäre Frankreich dermaßen wichtig, daß es ohne dieselbe möglicherweise dem Ansturm der Koalitionsmächte auf die Dauer nicht hätte widerstehen können. Die Dienste, die so die schweizerische "Reutralität" der französischen Revolution leistete, sind denn auch der Grund gewesen, warum Frankreich die Schweiz dis 98, d. h. so lange schonte, dis es, nach dem Frieden von Camposormio vom Herbst 97, auf diese Dienste verzichten konnte. Nach der Invasion holten sich die Franzosen mit Zins und Zinseszins wieder, was in der Schweiz während der Kriegsjahre auf ihre Kosten verdient worden war. Auch die grenzenlose Kurzsichtigkeit eines Berhaltens, das auf jede politische überlegung glaubt verzichten zu können und für das nur mehr einzig und allein der Gesichtspunkt rücksichtslosester Konjunkturausnützung und persönlicher Bereicherung ausschlaggebend ist, hat sich gerächt.

#### VII.

Was die Neutralität den Parteigängern Frankreichs im ersten Roalitionskriege war, das ist sie den Nutnießern der französischen Bündnisse überhaupt durch alle vergangenen Jahrhunderte hindurch ge= wesen: ein bequemer Deckmantel, unter dem man in guten und schlechten Zeiten, von politischen Dingen unbehelligt, Geschäfte machen konnte. Sie diente dem privaten Vorteil, der Erhaltung der persönlichen Stellung. Ein staatlicher Wille stand nicht hinter ihr. Darum konnte sie nötigenfalls auch beliebig interpretiert und "differenziert" werden, wenn bas Geschäft eine solche Anpassung verlangte. Die Frage, ob sie mit ber einseitigen Begünstigung, wie die Transitgewährung im ersten Roalitionstriege fie darstellte, vereinbar fei, murde damals ausführlich biskutiert und von den Parteigängern Frankreichs, den Sandelskantonen, natürlich bejaht. (Der geneigte Leser wird sich der Interpretation3= fünste und Differenzierung erinnern, die die schweizerische Neutralität in neuester Zeit aus analogen Gründen wieder hat an sich geschehen lassen müssen!)

Grundsätlich verschieden von einer solchen Auffassung der Neutralität ist diejenige, wie sie von der Partei, die bald nach Ausbruch der französischen Revolution als eigentliche Kriegspartei auftritt, versochten wird. Gerade in dem Umstand, daß diese Partei während fünf Jahren nicht versäumt, die Schweiz auf Seiten der alliierten Mächte in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln, kommt die Grundversschiedenheit der beiden Neutralitätsauffassungen zum deutlichsten Aussdruck. Für die Franzosenpartei ist die Neutralität sozusagen gleichsbedeutend mit der Abdankung eigenstaatlichen Willens; man will Frieden um jeden Preis, d. h. man verzichtet nicht nur auf eigene Wehrhaftigsteit, sondern man will sich auch selbst gar nicht mehr schlagen. Umsgekehrt die antisranzösische Partei. Ihr ist Neutralität ein zwecksmäßiges außenpolitisches Verhalten, durch das unter bestimmten Vershältnissen die Existenz des eigenen Staatswesens am besten gesichert

wird. Sie ist aber keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf eigene Staatlichkeit und Wehrhaftigkeit. Wenn daher äußere Verhältnisse vorhanden sind, die eine unmittelbare Bedrohung der eigenen Staatlichkeit bedeuten, so kann jederzeit aus der Neutralität herausgetreten
und unter dem Einsat der eigenen Wehrkraft die Unabhängigkeit und
Ehre des Landes verteidigt werden. Von dieser Auffassung hat sich die
Steigerpartei leiten lassen, als sie nach der Niedermetelung der Schweizergarde in Paris und der vertragswidrigen Abdankung der übrigen
Regimenter zum Entschluß kam, den bewassneten Austrag mit Frankreich
an Seite der Koalitionsmächte zu suchen. Sie ist zweisellos vom staatlich-politischen Standpunkt aus die einzig richtige. Wenn Steiger in
Besolgung derselben trotzem das eidgenössische Staatswesen nicht vor
dem Zusammenbruch zu retten vermochte, so sind daran andere Umstände schuld.

Einmal fand Steiger bei den alliierten Mächten nicht diejenige Unterstützung und dasjenige Berständnis für die innere und äußere Lage der Schweiz, die er gebraucht hatte, um mit gutem Gewissen sein ben französischen Armeen zuvorderst ausgesetztes Land in den Krieg zu reißen und gegenüber der eigenen Untifriegspartei die Oberhand gu gewinnen. Es zeigte sich auch hier, daß Frankreich eben die einzige europäische Großmacht war, die sustematisch das politische Berhältnis zur Schweiz gepflegt hatte. Die andern Mächte traten nur gelegentlich in ein näheres Berhältnis zu ihr. Wir haben oben auf Preußen unter Kriedrich dem Großen hingewiesen; nach dem Tode des lettern verloren bie gegenseitigen Beziehungen balb wieder ganz wesentlich an Bedeutung. Englands Intereffensphäre hat immer bann bis in bas europäische Rernland hinübergereicht, wenn es im Gegensatz zu Frankreich ftand.\*) Also auch jett. Die englische Diplomatie hat sich aber in diesen Jahren ihrer Aufgabe nur wenig gewachsen gezeigt. Von ausschlaggebender Bebeutung war aber schließlich bas Berhältnis Ofterreichs zur Schweiz.

Hiterreich hatte bei seinem unermüblichen Bestreben, seine Hausmacht zu mehren, die Schweiz, dieses "merkliche Glied deutscher Nation",
wie es damals hieß, aus dem Reiche hinausgedrängt. Nachdem es sie,
bezw. ihr Gebiet nicht mehr für seine Zwecke benutzen konnte, verlor es
jegliches Interesse an ihr. Die Erbeinung von 1511 sollte zwar noch
vorsorgen, daß die Schweiz wenigstens nicht den Gegnern des Reichs
von Nutzen sein konnte. Eine shstematische Pflege des politischen Verhältnisses zu ihr, eine aktive diplomatische Tätigkeit etwa, um der französischen Diplomatie Stirn zu bieten und zu verhindern, daß das wichtige Zwischenland zwischen Boden- und Genfersee unrettbar in der

<sup>\*)</sup> Über weitgespannte Pläne im 17. Jahrhundert vergl. Sterns Aufsatz "Dliver Cromwell und die evangelischen Kantone der Schweiz", neu abgedruckt in dem bei Sauerländer, Aarau, fürzlich erschienenen Sammelband "Abhandslungen und Aktenstücke zur Geschichte der Schweiz", der auch sonst eine Anszahl sehr lesenswerter Einzeldarstellungen zur Schweizergeschichte enthält; zum vorliegenden Aufsatz beispielsweise die Arbeit "Der Klub der Schweizer Pastrioten in Paris 1790—1791".

französischen Einfluß-Sphäre verschwand, findet sich aber nirgends. So muß sich die österreichische Diplomatie, als die Schweiz bei Beginn des ersten Koalitionstrieges besondere strategische Bedeutung erhält und allseits um ihre Beeinflussung gerungen wird, erst muhsam in die schweizerischen Verhältnisse einarbeiten. "Nur in langer geduldiger Arbeit konnten andere erreichen, was Frankreich schon besaß: eine intime Renntnis der anerkannt komplizierten schweizerischen Berhältnisse, der Mechanik des eidgenössischen Regierungsapparates, der einflugreichen Staatsmänner, ein Net von Korrespondenten, welche die Botschaft mit allen Ginfluffen und Geschehnissen in den Kantonen bekannt machten, eine Jahrhunderte alte Tradition" (Büchi, S. 21). Die alliierte Diplomatie hat aber den Jahrhunderte langen Vorsprung Frankreichs nie auch nur im entferntesten einzuholen vermocht. Ihrer ungenügenden Renntnis und der dadurch bedingten Unsicherheit und ihren häufig un= geschickten Magnahmen ist es daher nicht zum geringen Teil zuzuschreiben, wenn der französische Ginfluß trot allem in diesen Jahren in der Schweiz ausschlaggebend blieb. Allerdings kommt noch ein anderes hinzu, was auch zum traditionellen schweizerisch=österreichischen Berhält= nis gehört, und was die Steigersche Politik von vornherein zum Mißerfolg verurteilen mußte: Habsburg hat trot der Erbeinung von 1511 bis ins 19. Jahrhundert hinein die Hoffnung nie aufgegeben, aus der Schweiz doch noch ein österreichisches Landesterritorium zu machen. Als ehemaliges "Glied deutscher Nation" war die Schweiz Habsburg gänzlich gleichgültig. Alls Gebiet, das man sich bei Gelegenheit zur Mehrung der eigenen Sausmacht einverleiben konnte, besaß sie bis ins 19. Jahrhundert hinein sein ganzes Interesse. Nichts hat die Schweiz vielleicht so sehr der Vorherrschaft des französischen Einflusses aus= geliefert, als diese traditionelle Einstellung des habsburgischen Raiser= hauses. Es ist nicht vergebens, daß man in der Freundschaft Friedrichs des Großen zum ersten Mal wieder einen Rückhalt bei einer deutschen Macht erblickte. So war denn auch jetzt in den Verhandlungen, die Steiger mit den Alliierten pflog, seitens Herreichs nie eine eindeutige Anerkennung der schweizerischen Neutralität und eine bestimmte Garantie des schweizerischen Gebietes zu erlangen. Noch als im Herbst 1797 Ofterreich mit Frankreich den Frieden von Campoformio ichloß, fanden Gerüchte von öfterreichischen Borschlägen zur Teilung der Schweiz allgemein Glauben, "so sehr hatte die unverständliche Politik Ofterreichs die Kantone gewöhnt, nur Desinteressement, wenn nicht Schlimmeres von dieser Seite zu erwarten" (Büchi, S. 537). Aber auch ohne das Vorhandensein derartiger Teilungspläne war mit dem Abschluß dieses Friedens das Schicksal der Schweiz besiegelt. Das wußte man bei den ehemaligen Alliierten. Das wußte man ganz genau bei der Steigerpartei in Bern. Wenn diese tropdem noch zum letten Rampf aufrief, so war das das einzig Bürdige, mas die alte Eidgenossenschaft in den letten Monaten ihres Daseins noch aufzuweisen hatte.

Aus den auf teilweise neuen Aftenforschungen beruhenden Darsstellungen Büchis könnte man unter Umftänden den Schluß ziehen

wollen, ohne die neutralitätswidrige Tätigkeit ber Steigerpartei mare es nicht zur französischen Invasion gekommen und damit unserem Land ein weniger schweres Schicksal beschieden gewesen, indem die neuen Parifer Machthaber sich mit einer bloßen Revolutionierung der Schweiz nach frangosischem Mufter und ber Schaffung einer neuen zuverlässigen revolutionären Franzosenpartei begnügt hätten. Aber selbst wenn dem so wäre, kann daraus keine Berurteilung der Steigerschen Politik ab= geleitet werden. Diese Politik mar vom Standpunkte des schweizerischen Staates aus die einzig mögliche. Bas die fog. Neutralitätspartei wollte, verdient überhaupt nicht den Namen Politik. Das war lediglich das Produkt fürchterlichster Angst und gleichzeitig nacktester privater Bewinnsucht. Die "Schuld" ber Steigerschen Politik liegt anderswo. Sie büßte das Verfäumnis und Verfehlen vieler vergangener Generationen. An der geistigen Erstarrung der regierenden Schichten hatte sich jene vielversprechende Welle nationaler Bewußtwerdung und Willenserweckung ber vergangenen Jahrzehnte gebrochen. Hätte damals der Zusammenschluß von unten und oben - benn eine im tiefsten Befen volksgemäße (demokratische) Bewegung war jene nationale Welle — stattgefunden, so mare vieles anders gekommen. Jest mußte die Steigerpartei mit doppelter Front kämpfen: gegen den äußern Feind, und gegen die innere Zersetung, die ihm die Buhl- und Begarbeit des äußeren Feindes im eigenen Land schuf. Mitten im Strom konnten die Pferde jest nicht mehr gewechselt werden. Das Berfäumnis früherer Beschlechter war nicht in einigen Jahren ober gar Monaten gut zu machen. Dem Berteidigungstampf gegen den äußern Feind haftete fo der Charakter eines Rampfes der Aristokratie gegen die Revolution an. Es fehlte ihm das große nationale Ethos.

#### VIII.

Im 19. Jahrhundert hat die Schweiz bessere Zeiten erlebt. Nachsem die Folgen des Zusammenbruchs von 1798 in den folgenden Jahrzehnten allmählich überwunden waren, ergriff eine junge, unverbrauchte Volksschicht zuerst in den Kantonen, dann im Bund die Herrschaft, beseelt vom Willen zu eigenstaatlichem Dasein und entschlossen zum Einstat der staatlichen Machtmittel im Falle äußerer Bedrohung. Die Schweiz verlor allmählich den Charakter des Zwischenlandes. Sie wurde wehrshaft. Ihre Neutralität sand Anerkennung und Berücksichtigung bei den Großmächten, nicht, weil das "Völkerrecht" sie jetzt besser zu definieren vermochte, sondern weil ein entschlossener Wille zur Eigenstaatlichkeit dahinter stand.

Wie viel die Schweiz bei dieser Entwicklung dem allmählichen Machtumschwung in Europa verdankt, bleibe dahingestellt. Immerhin hat es vor acht Jahren nur einer neuen Machtverteilung an Stelle der bisherigen bedurft, um die unterdessen auch wieder reichlich erstarrten regierenden Schichten zu veranlassen, sich in kopfloser Angst dem traditionellen Protektor der früheren Jahrhunderte an den Hals zu wersen. Sie haben dort bekanntlich liebevolle Aufnahme gefunden,

nicht allerdings ohne den Schut ihrer privaten Stellung mit werts vollsten Machts und Rechtspositionen des schweizerischen Staates bezahlt zu haben. Von diesen Dingen ist indessen in dieser Zeitschrift schon so reichlich die Rede gewesen, daß es füglich dem Leser überlassen werden kann, weitere vergleichende Betrachtungen über schweizerische Außenspolitik in vergangenen und heutigen Tagen anzustellen.

# Gaargebiet und Wölkerbund.

Bon Otto Mittler.

widlich von Saarbrücken erhebt sich weithin sichtbar das hochragende Winterbergdenkmal zur Erinnerung an den im August 1870 hier über die Franzosen ersochtenen Sieg, der den deutschen Truppen den Weg nach der lothringischen Festung Metz freigelegt hat. Kaum eine halbe Stunde davon entsernt stehen heute wieder auf den waldigen Höhen von Spichern die französischen Grenzposten. Werden sie dort bleiben oder 1935 nach Ablauf der provisorischen Völkerbundsregierung im Saarsgebiet ihren Standort weiter nordwärts verlegen?

Seit Jahrhunderten hat Frankreich auf das wald- und kohlenreiche Saarland Anspruch erhoben, aber nur für zwei kurze Episoden es besiessen, von 1680—1697 und dann wieder von 1797—1815, also gerade zu Zeiten der schrankenlosesten Eroberungspolitik eines Ludwig XIV. und Napoleons I. Auch im 19. Jahrhundert hat es sich wiederholt ansgestrengt, das Gebiet zurückzubekommen, das ihm 1815, im zweiten Pariser Frieden, zu Unrecht und wider den Willen der Saarbevölkerung entrissen worden sein soll; eine immer wiederkehrende Behauptung französischer Publizisten, tropdem ihr Gegenteil bewiesen ist.

Die französische Regierung sorderte das Saargebiet wieder nach der siegreichen Beendigung des Weltkriegs, und zwar nicht nur auf Grund seiner historischen Ansprüche, sondern auch als Ersat für die von den Deutschen in den Bergwerken Nordsrankreichs begangenen Zerstörungen. Die interessanten Verhandlungen der Versailler Friedenskonferenz über das Saarbecken hat André Tardieu dassführlich geschildert. Der Kampf der Franzosen war ein zäher, der Widerstand Wilsons nicht minder harknäckg. Wenn dieser auch mit Lloyd George ihnen ein Anrecht auf das Eigentum an den Saargruben zubilligte, so widersetzte er sich doch den territorialen Ansprüchen und ebenso der Errichtung eines eigenen Saarsstaates. Die französischen Staatsmänner beharrten aber darauf, daß die deutsche Regierung aus dem Saargebiet ausgeschaltet werde, weil sonst ernste Konflikte über die Ausbeutung der Kohlengruben durch Frankseich unvermeiblich würden. Sie faßten Wilson bei seiner Schwäche für

<sup>1)</sup> A. Tardieu, La Paix. Payot, Paris 1921.